

Debatten- kultur



Man lernt in diesen Tagen dazu. Etwa dass in internationalen Gewässern und Lufträumen allerhand russisches Kriegsgerät unterwegs ist. Übrigens auch amerikanisches. Nun weiss ich nicht, ob das nicht immer so war. So geht es mir mit vielem, was wir zu hören bekommen aus der Welt. Es bleibt manchmal unklar, ob etwas wirklich neu ist, oder ob Nachrichten nicht nur in einem ganz spezifischen Zusammenhang wichtig werden.

Beispiele? Nach der Einsetzung von Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident der EU erfuhr die erstaunte Welt, dass Luxemburg eine Steueroase ist. Krass. In aufwändig recherchierten Beiträgen wird auch seit Wochen enthüllt, dass es in der Schweiz Menschen gibt, die entweder den Staat etwas kosten oder andererseits unzufrieden mit sie betreffenden Entscheidungen einer Behörde. Seit kurzem wissen wir auch, dass es kaum Gründe gäbe, in den USA republikanisch zu wählen, ausser man sei steinreich und/oder evangelikal. Dass dies aber erstaunlicherweise für eine Mehrheit reicht. Und schliesslich lernt man in diesem Zusammenhang auch,

dass mit dem republikanischen Sieg bei den Parlamentswahlen die Chancen für Hillary Clinton gestiegen sind. Wieso? Weil jetzt die republikanischen Mehrheiten schuld sind! Alles klar?

...

Aber es gibt ja auch ernstere Dinge: Ich habe eigentlich seit der EWR-Abstimmung vor über zwanzig Jahren kaum mehr solche Aggressionen an Podiumsveranstaltungen erlebt, wie in diesen Tagen, wenn es um Ecopop geht. Das hat wohl damit zu tun, dass hier nicht oder nicht nur entlang der üblichen politischen Linien gestritten wird. Und dass es offenbar nicht einfach um eine Entscheidung zu gehen scheint, sondern um eine Haltung.

...

Mich schaudert es manchmal, wenn ich mitbekomme, mit welcher Ernsthaftigkeit Menschen hierzulande meinen, sie kämen zu kurz. Und schuld daran seien die anderen. Früher sei zudem alles besser gewesen. Überzeugte, die sich und die Schweiz aus Europa und der Welt ausblenden. Die nicht sehen wollen, dass es uns so gut wie nie geht, und der Welt zurzeit gar nicht. Die etwa nicht wahrnehmen wollen, dass dagegen heute so viele Menschen wie nie auf der Flucht sind. Und dass wir vielleicht statt über Asylmissbrauch besser über Asyl sprechen sollten. Statt über Islamismus besser über humanitäre Hilfe. Und dass es einigermaßen schräg ist, sich in wüsten Saalschlachten oder gepflegten Kaminfeuersprächen der Wachstumskritik hinzugeben, wenn anderswo in Europa die Jugendarbeitslosigkeit die fünfzig Prozent übersteigt. Gottseidank weihnachtet es bald.

Martin Naef

„Staatliche Überwachung



des Nachrichtendienstes stehen einzig Personen, gegen die kein Tatverdacht besteht. Gerade die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen drei Personen, die dem IS-Umfeld zugerechnet werden, zeigen, dass der Staat sehr wohl die Möglichkeit hat, gegen Terrorismusverdächtige vorzugehen. Der Nachrichtendienst soll nun aber neu gerade Räume von Personen verwanzen, deren Telefone abhören und vor allem in deren Computersysteme und -netzwerke eindringen können, von welchen er einfach annimmt, die gehörten aus irgendeinem Grund zum terroristischen Umfeld. Beim vorgesehenen Staatstrojaner soll zudem sogar die Störung der Computersysteme und -netzwerke möglich werden, also ein Cyber(abwehr)-krieg. Die richterliche Genehmigung dieser Massnahmen wird dabei zu Unrecht als wesentliche Hürde angesehen. Eher schon werden dadurch Gerichte durch den Geheimdienst schlichtweg in Geiselhaft genommen, denn die Gerichte haben gar keine echte Möglichkeit, die Voraussetzungen zu beurteilen.

Der Nachrichtendienstchef und Bundesrat Ueli Maurer betonen gebetsmühlenhaft immer wieder, es gehe bei dem allem nur um etwa 10 Personen. Das ist lächerlich. Wenn diese Massnahmen wirklich etwas nützen sollten, müssten flächendeckende Überwachungen angeordnet werden. Aber gerade das können wir nicht zulassen. Denn dann sind wir mindestens im Kleinen beim NSA. Gelacht wäre es, wenn der 'harmlosere' Staatstrojaner beim Büpff verweigert, der viel gefährlichere indessen beim NDG bewilligt würde. Wer keinen Staatstrojaner will, muss ihn zuerst einmal vor allem beim NDG verhindern. Die Wintersession bietet die Chance, das zu ändern.

Daniel Vischer

In der zweiten Woche der Wintersession wird das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) im Nationalrat beraten. Die Problematik des neuen Nachrichtendienstgesetzes wurde bislang auch von vielen Kritikern des Überwachungsstaates unterschätzt, deren Widerstand sich vor allem auf das Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs Büpff fokussierte. Das gilt vor allem auch für die Jungparteien. Zwischen dem Büpff und dem NDG besteht freilich ein wesentlicher Unterschied. Beim Büpff befinden wir uns im Bereiche der Verbrechensbekämpfung. Da geht es um die Überwachung von Personen, die individuell konkret verdächtig sind, eine strafbare Handlung zu begehen oder begangen zu haben. Bleiben wir beim Beispiel des Terrorismus: Bei den unter dem Begriff des Terrorismus zu subsumierenden Straftaten handelt es sich um Gewaltdelikte, bei welchen nicht nur der Versuch, sondern schon Vorbereitungshandlungen strafbar sind. In Frage steht nun, ob die Überwachungsbefugnisse der Untersuchungsbehörden auf die Computerüberwachung ausgebaut werden sollen. Beim NDG sind wir hingegen ausschliesslich mit der Vorfeldermittlung konfrontiert. Im Visier